



GRÜN DENKEN, VOR ORT HANDELN

Programm zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024 für die Altmark.

Beschlossen am 29. Februar 2024 durch die Mitglieder des
Kreisverbands BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Altmark.

Einleitung

Vor Ort in unseren Städten und Dörfern werden politische Entscheidungen für uns unmittelbar sichtbar und erfahrbar. Mit diesem Wahlprogramm legen wir einen Plan vor, wie wir lebenswerte Ortschaften und gesunde Gemeinden schaffen, die den Menschen in all ihren Lebensbereichen gerecht werden – von der Bewältigung des demografischen Wandels über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zur Schaffung nachhaltiger Verkehrslösungen. Wir wollen gemeinsam mit allen Menschen die Weichen für eine lebenswerte und erfolgreiche Zukunft unserer Altmark stellen.

Unsere Vision ist, Kommunen zu schaffen, die widerstandsfähiger gegen die zum Teil dramatischen Auswirkungen der Klimaveränderungen gemacht werden und gleichzeitig sozial gerecht, vielfältig und inklusiv sind. Gleichwohl wollen wir Grünen die Einsparung von CO₂-Emissionen voranbringen, damit die Folgen der Klimakatastrophe nicht noch schlimmer werden.

Zunehmende Hitze, Dürre und Starkregen sind schon jetzt real und eine zu lösende Herausforderung für unsere Gesellschaft. Die Förderung erneuerbarer Energien, klimaresilienter Stadtplanung – zum Beispiel durch das Konzept der Schwammstadt – und Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltverschmutzung sind zentrale Elemente unseres Plans.

Für ein zukunftsfähiges und attraktives Landleben bedeutet dies für uns im Grundsatz das Schaffen von breiten Bündnissen auf kommunaler Ebene. Mit zukunftsweisenden Technologien und Versorgungsstrukturen muss die Attraktivität für unsere ländliche Region sichergestellt sein.

Unser Programm strebt nach transparenten Kommunalfinzen, die Zielen der nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Wir sehen die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts und setzen uns für eine vielfältige Kulturpolitik ein, die Menschen zur aktiven Mitgestaltung ermutigt.

Für ein funktionierendes Gemeinwesen brauchen unsere altmärkischen Kommunen jedoch von Bund und Land ausreichend Geld, für die ihnen übertragenen Aufgaben, sowie um Handlungsspielraum zu haben und Eigenverantwortlichkeit zu gewährleisten. Ländliche Regionen wie die Altmark werden aktuell von Bundes- und Landespolitik viel zu sehr durch befristete Förderungen finanziert. Diese Projekte ermöglichen aber keine langfristige Planung.

Wir müssen weg von einer ausschließlichen Projektförderung, hin zu einer soliden Grundfinanzierung mit freien und auskömmlichen Budgets zur Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die ländlichen Räume in Sachsen-Anhalt sind besonders betroffen vom demografischen Wandel. Das hat große Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Infrastruktur und auf den Zugang der öffentlichen und allgemeinen Daseinsvorsorge in den Kommunen. Wir wollen gleichwertige grundlegende Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt. Wir brauchen Fachkräfte, um unseren Wohlstand zu sichern.

Wir wollen sicherstellen, dass die Investitionen in gute und moderne Schulen und Kindertagesstätten auch vielen Kindern zugutekommen und gut ausgebildetes Fachpersonal verfügbar ist, um sie zu begleiten und zu lehren. Wir wollen sicherstellen, dass gute Straßen, Infrastruktur und öffentlicher Nahverkehr erhalten werden.

Wir möchten uns stärker gegen den Fachkräftemangel im wirtschaftlichen, aber auch im sozialen Bereich einsetzen, indem wir die berufliche Ausbildung verbessern, mehr Kinderbetreuung für Berufstätige ermöglichen, Geflüchtete leichter in den Arbeitsmarkt integrieren und die Verwaltung modernisieren, um Bürokratie zu vermeiden und produktiver zu agieren.

Wir stehen vor einem tiefgreifenden demografischen Wandel, der sich noch verstärken wird, wenn wir ihm nicht mit politischen Maßnahmen entgegenwirken. Wir wollen deshalb innerhalb der Kommunen eine Kultur fördern, in der alle Menschen, Ortsansässige wie Zugezogene, vorurteilsfrei willkommen sind. Um das Ankommen von Neubürger*innen zu unterstützen, möchten wir Freiwillige Feuerwehren und Vereine auch aus diesem Grund fördern.

An den Klimawandel anpassen

Alle wissenschaftlichen Studien prognostizieren für die Altmark eine Zunahme von Hitze- und Dürreperioden sowie eine Zunahme von lokalen Starkregenereignissen. Unserer Altmark droht eine Versteppung. Wir setzen uns für präventive Maßnahmen ein, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern.

Dazu gehören Maßnahmen, die in Städten und Dörfern Hitze abmildern können, wie die Schaffung einer Infrastruktur durch Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Frei- und Wasserflächen. Der Schutz vor Starkregen und das Auffangen von Regenwasser durch modernes Wassermanagement nach dem Prinzip der „Schwammstadt“ ist dabei der leitende Gedanke und analog in den ländlichen Räumen die „Schwammlandschaft“. Um Oberflächenwasser gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu schaffen, setzen wir uns für die Schaffung von Rückhaltebecken, die Renaturierung von Gewässern sowie Erweiterung und Pflege von Stauanlagen ein. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Gewährleistung einer ausreichenden Löschwasserversorgung in den Kommunen.

Der Bund hat mit dem Klimaanpassungsgesetz eine Vorlage geleistet, auf deren Grundlage wir uns für eine kommunale Klimaanpassungsstrategie einschließlich Hitzeschutzplan einsetzen. Dieser muss in der Stadtplanung konsequent berücksichtigt werden.

Erneuerbare Energien ausbauen und Klimaschutz vorantreiben

Bei dem Bau von Photovoltaik-Anlagen, Windparks und anderen erneuerbaren Energieprojekten achten wir darauf, dass die Planung und Umsetzung im Einklang mit ökologischen und

landschaftsplanerischen Aspekten steht. Naturschutzgebiete und ökologisch sensible Gebiete sollen dabei geschützt und nicht beeinträchtigt werden. Wir setzen uns für die Nutzung des bereits existierenden Solarkatasters für die Altmark ein.

Wir brauchen mehr Flächen für Photovoltaik. PV-Anlagen brauchen wir auf allen Dachflächen, auf denen es möglich ist. Beim Bau von Freiflächen-Photovoltaik (FFPV) soll dies im Einklang mit Menschen und Natur und den Bedürfnissen der Landwirtschaft geschehen. Für FFPV sollten vor allem ehemalige Industrie- und Gewerbeflächen, Altdeponien und Parkplatzflächen genutzt werden. Bei PV-Anlagen auf Acker und Grünland soll bevorzugt die Technik der Agri-Photovoltaik zum Einsatz kommen, weil auf diesen Flächen dann weiterhin Landwirtschaft betrieben werden kann.

Durch die große Wirtschaftlichkeit von Freiflächenphotovoltaik, zu der auch Agri-PV zählt, gibt es auch eine große Nachfrage nach Acker- und Grünlandflächen. Wir werden deshalb in den Gemeinden initiieren, dass dort gemeindliche PV-Konzepte mit Positiv- und Ausschlusskriterien für den Standort sowie projektbezogene Bedingungen erarbeitet und diese vorhabensbezogen als Voraussetzung für den B-Plan angewendet werden. Bei der Privilegierung von Freiflächenphotovoltaik setzen wir uns dafür ein, dass auch bei diesen Flächen die Gemeinde einen Einfluss auf die Gestaltung derartiger Anlagen hat und die Belange der Bewohner*innen angrenzender Wohnbebauungen Beachtung finden.

Mit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sind wir auf dem richtigen Weg. 2023 wurde Strom in Deutschland zu 56 Prozent aus erneuerbarer Energie produziert. Der Landkreis Stendal ist in Sachsen-Anhalt an vorderster Stelle, was die Zahl der Windräder angeht. Beim Bau neuer Windräder dürfen die Belange von Menschen und Natur nicht in den Hintergrund geraten. Auf den besonderen Schutzstatus von Regionen wie z.B. Landschaftsschutzgebiete sollte Rücksicht genommen werden.

Die bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung (BNK) muss endlich auch im Landkreis Stendal eingesetzt werden, damit die in der Nähe lebenden Menschen sich weniger gestört fühlen und die Akzeptanz steigt. Die BNK sorgt dafür, dass die roten Signallichter an den Windrädern nachts abgeschaltet bleiben und sich nur bei Bedarf anschalten.

Der Bau neuer Hoch- und Höchstspannungsleitungen kann nur unter Berücksichtigung der Belange von Menschen und Natur erfolgen. Alternativen, die für Mensch und Natur verträglicher sind, müssen geprüft und berücksichtigt werden.

Das gilt insbesondere für den geplanten Bau der 380-kV-Hochspannungsleitung Perleberg – Stendal. Die neue 380 kV-Hochspannungsleitung soll durch das Natura 2000 und EU-Vogelschutzgebiet der Elbauen gebaut werden, in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten. Die Umwelt- und Naturschutzverbände BUND und NABU lehnen diese Freileitung ab und auch der Landkreis sieht den Neubau dieser Hochspannungsleitung kritisch. Die Kommunen Seehausen und Osterburg lehnen die Freileitung u.a. wegen zu großer Nähe zu ihren Wohngebieten ab und fordern Alternativen. Dem schließen wir uns an und begrüßen eine für Mensch und Natur umweltverträglichere Variante, an geeigneten Stellen als Erdverkabelung oder durch eine Änderung des Trassenverlaufs. Für die Altmark brauchen wir nicht die für das Unternehmen billigste, sondern die für Mensch und Natur beste Lösung.

Wir setzen uns bei Neuinstallation von Straßenbeleuchtungen für intelligente und insektenfreundliche Lösungen wie LED-Dimmer oder Bewegungsmelder ein.

Kommunen und Bürger*innen an erneuerbaren Energieprojekten beteiligen

Durch finanzielle Beteiligungen können Kommunen direkte Mitbestimmung und Kontrolle über die Entwicklung und Umsetzung von erneuerbaren Energieprojekten erlangen. Dies ermöglicht es ihnen, die Energiewende auf lokaler Ebene mitzugestalten und die Nutzung erneuerbarer Energien in ihrer Gemeinde voranzutreiben. Dabei kann es sich beispielsweise um Investitionen in Solar- oder Windenergieanlagen handeln, bei denen die Kommunen selbst als Teilhaber*innen auftreten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen und Bürger*innen die Möglichkeit erhalten, sich aktiv an solchen Projekten zu beteiligen, insbesondere finanziell, und dadurch sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile zu erlangen. Insbesondere sorgen wir dafür, dass kommunale Energieunternehmen wie die Stadtwerke aktiv die Energiewende vor Ort vorantreiben, durch eigene Erzeugung regenerativer Energien sowie durch Beratungsangebote für die Bevölkerung. Wir sorgen dafür, dass die Stadtwerke in kommunaler Hand bleiben.

Wir wollen, dass die Kommunen über Gewerbesteuern und durch die Abgabe von 0,2 Cent pro erfolgter Kilowattstunde Wind- und Sonnenstrom von den erneuerbaren Energieanlagen profitieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Solar- und Windprojekte vergünstigte Stromtarife anbieten können.

Wir begrüßen die Einführung der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung, die bis spätestens 2028 flächendeckend in allen Kommunen abgeschlossen sein soll. Dies markiert einen wichtigen Schritt hin zum Ende des fossilen Zeitalters im Gebäudesektor und bietet den Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit.

Um auch ländliche Kommunen bei der Wärmeplanung zu unterstützen, fordern wir die Bereitstellung von Fachpersonal zur Erstellung von Wärmeplänen sowie Beratungs- und Antragshilfen, beispielsweise durch die Landesenergieagentur (LENA) Sachsen-Anhalt. Diese Unterstützung sollte lokal und dezentral organisiert werden, um mehrere Landkreise abdecken zu können. Die Finanzierung dieser Maßnahmen sollte durch das Land erfolgen, falls keine Bundesförderung möglich ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass es in allen Kommunen Klimaschutzmanager*innen gibt, die Klimaschutzkonzepte erarbeiten.

Nachhaltige Mobilität

In einer so dünn besiedelten Region wie der Altmark können wir einen erheblichen Beitrag zur Minderung der CO₂ Immissionen leisten, wenn wir akzeptable Alternativen für den Individualverkehr schaffen (bestehende Überlegungen nutzen, Busverbindungen, Zugtaktungen, Radwege, Rufbusse, etc.). Bestehende Buslinien sind auf ihre Bedarfsgerechtigkeit hin zu überprüfen und zu optimieren.

Wir sind uns bewusst, dass das Auto für viele Menschen ein wichtiges Fortbewegungsmittel ist. Gleichzeitig wollen wir eine ökologische nachhaltige Verkehrsentwicklung fördern und den Einsatz von umweltfreundlichen Alternativen unterstützen. Unser Ziel ist es, den ÖPNV in der Altmark zu einem attraktiven, zuverlässigen, sicheren, emissionsarm und barrierefrei und umweltfreundlichen Verkehrssystem auszubauen.

Dazu gehören auch Sitzmöglichkeiten und schattenspendenden Bäumen und öffentlichen Toiletten, bei denen barrierefreie Anlagen die Norm anstatt der Ausnahme sind, ist uns ein Anliegen, um den Komfort und die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

In den ländlichen Räumen möchten wir den ÖPNV so gestalten, dass er den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Das bedeutet eine Stundentaktung von Bus- und Bahnverbindungen, um eine zuverlässige und regelmäßige Anbindung an die umliegenden Gemeinden und kurze Wartezeiten zu gewährleisten. Wir setzen uns für flexible Konzepte sowie Konzepte auf Nachfrage wie Rufbusse und Bürgerbusse ein, um Mobilität für alle Bürger*innen sicherzustellen. Zudem möchten wir innovative Lösungen wie Elektrobusse, autonome Kleinbusse und alternative Antriebstechnologien fördern. Ebenso braucht es abgestimmte Takte mit Bahnverbindungen sowie auch landkreis- und bundeslandübergreifende Verbindungen.

Das Deutschland-Ticket muss erhalten bleiben. Dieses Ticket ermöglicht es erstmals, unkompliziert, preisgünstig und länderübergreifend mit dem Nahverkehr unterwegs sein zu können, sorgt damit für steigende Fahrgastzahlen und ist ein geeignetes Instrument der Verkehrswende. Der Landkreis braucht für die Finanzierung die entsprechende Unterstützung durch Land und Bund.

Bahnverkehr

Wir fordern einen verbesserten Bahnverkehr für die Altmark durch die Einführung eines regelmäßigen Stundentakts der S-Bahn Magdeburg-Wittenberge auch an den Wochenenden. Aktuell existiert lediglich ein Zwei-Stunden-Takt zwischen Stendal und Wittenberge an Wochenenden, was deutlich hinter den Bedürfnissen der Fahrgäste zurückbleibt. Ein stündlicher Takt ist unerlässlich, um die erforderliche Flexibilität für Reisende zu bieten und eine effiziente Anbindung an die beiden zentralen Umsteigebahnhöfe mit IC/ICE-Anschluss in Wittenberge und der Hansestadt Stendal zu gewährleisten. Dies ist besonders wichtig für Verbindungen in Richtung Berlin und Hamburg. Den Stundentakt fordern wir auch für die Verbindung Stendal-Rathenow-Berlin, um eine stündliche Verkehrsanbindung an Berlin zu gewährleisten.

Wir streben bei Neuausschreibungen für Strecken im ÖPNV einen Fokus auf mehr Mitnahmekapazitäten für Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder an.

Wir fordern die Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Wittenberge-Arendsee-Salzwedel und unterstützen die Reaktivierung der Jeetze(I)talbahn (Salzwedel-Oebisfelde-Wolfsburg) und der Arendseebahn (Salzwedel-Arendsee-Wittenberge). Diese Maßnahmen sind entscheidend für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und des Güterverkehrs in der nördlichen Altmark. Wir stehen hinter den Bemühungen der Vereine "Jeetze(I)talbahn" und „Die Bahn bleibt“, die sich für die Wiederbelebung dieser Strecken einsetzen. Dabei appellieren wir an die Landeseisenbahnaufsicht, realisierbare Anforderungen zu stellen, um die Reaktivierung dieser wichtigen Verbindungen zu ermöglichen und die Mobilität im ländlichen Raum zu stärken.

Busverkehr

Wir brauchen möglichst regelmäßige Angebote, wenigstens im 2-Stundentakt. Dem geringeren Bedarf angepasste Fahrzeuge (Mini-Busse) und andere intelligente Lösungen (Rufbus) für ein besseres Angebot. Die An- und Abfahrtszeiten der regionalen und lokalen Busse müssen mit den An- und Abfahrtszeiten der Züge abgestimmt sein. ÖPNV sollte deutlich mehr als Schüler*innenverkehr sein.

Wir fordern die Einrichtung neuer Haltestellen, um die Wege für Bürger*innen zu verkürzen.

Radverkehr

Grundsätzlich sollte das Verkehrsmittel am stärksten gefördert werden, das am klimafreundlichsten ist. Wir brauchen deshalb mehr staatliche Investitionen in Schiene, Busverkehr und Radinfrastruktur.

Wir setzen uns für Radwege an allen Bundes- und Landesstraßen ein, damit Menschen dazu ermutigt werden, in Alltag und Freizeit neben dem Auto auch das klimafreundliche Verkehrsmittel Fahrrad zu nutzen. Dafür brauchen wir sichere und komfortable Fahrradwege. Landes- und Kreisstraßen ohne Radweg brauchen eine Tempobegrenzung auf 80 km/h, damit auch Radfahrer die Straße sicherer nutzen können. Wir wollen Lücken im Radfahrnetz schließen.

Wir wollen den Ausbau von sicheren Fahrradabstellplätzen an den Haltepunkten des ÖPNV. Um einen guten Zustand der Radwege zu gewährleisten, setzen wir uns für dafür ein, dass diese regelmäßig gepflegt und instandgehalten werden. Dazu gehört auch, dass im Winter Schnee geräumt wird.

Fußverkehr

Wir setzen auf eine fußgängerfreundliche Gestaltung unserer Gemeinden. Wir möchten Maßnahmen ergreifen, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken und das Unfallrisiko für Fußgänger*innen zu reduzieren. Dazu gehören beispielsweise die Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche mit Schrittgeschwindigkeit, die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an gefährlichen Straßenabschnitten, Einrichtung von Tempo 30-Zonen.

Auch die Bereitstellung von ausreichenden und gemütlichen Sitzmöglichkeiten, schattenspendenden Bäumen und öffentlichen Toiletten, bei denen barrierefreie und sichere Anlagen die Norm anstatt der Ausnahme sind, ist uns ein Anliegen, um den Komfort und die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Touristische Entwicklung

Wir setzen uns für die Förderung eines naturnahen Tourismus und die Stärkung der Umweltbildung in der Altmark ein. Unser Ziel ist es, die einzigartige Natur und Landschaft der Region in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig das Bewusstsein für Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu schärfen. Durch gezielte Maßnahmen wollen wir das Angebot an umweltfreundlichen Tourismusaktivitäten ausbauen und Bildungsprogramme unterstützen, die das Verständnis und die Wertschätzung für die lokale Flora, Fauna und Ökosysteme fördern. Dies wird nicht nur die regionale Wirtschaft stärken, sondern auch einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Schönheit und Vielfalt der Altmark leisten.

Wir fordern eine verstärkte finanzielle Unterstützung durch Kreis und Land für die Instandsetzung und Verbesserung der touristischen Radwege in der Altmark, insbesondere des Altmarkrundkurses und des Milde-Biese-Aland-Wegs. Eine Qualitätsüberprüfung hat gezeigt, dass ein erheblicher Teil dieser Routen in schlechtem Zustand ist. Ebenso benötigt der Elberadweg in der nördlichen Altmark, als einer der wichtigsten überregionalen touristischen Radwege, dringend eine Aufwertung seiner Wegequalität. Wir fordern für diesen Abschnitt des Elberadwegs die gleichen Fördermöglichkeiten durch das Land, wie sie an anderen Abschnitten bereits bestehen. Bislang fehlen solche Fördergelder sowohl vom Land als auch vom Landkreis, was eine signifikante Verbesserung der Situation verhindert.

Wir wollen das touristische Potential des Europa Radweges "Eiserner Vorhang" bzw. "Iron Curtain Trail" am Grünen Band mit seiner Naturschönheit und Erinnerungskultur besser nutzen. Wir haben uns dafür

eingesetzt und konnten erreichen, dass die Streckenführung der Radroute final festgelegt wurde. Im nächsten Schritt machen wir uns dafür stark, dass Marketing und Beschilderung umgesetzt werden.

Wir fordern die Initiierung und Förderung eines "Sternenparks Altmark", um die einzigartigen Vorteile unserer Region hervorzuheben und zu vermarkten. Inspiriert vom Erfolg des "Sternenparks West-Havelland", möchten wir das Potenzial der geringen Lichtverschmutzung in der Altmark nutzen. Diese natürlichen Bedingungen ermöglichen eine außergewöhnlich klare Sicht auf den nächtlichen Sternenhimmel, einschließlich der Milchstraße – ein faszinierendes Erlebnis, besonders für Besucher*innen aus städtischen Gebieten. Die Schaffung eines Sternenparks würde nicht nur das Bewusstsein für die Bedeutung dunkler Himmel erhöhen, sondern auch die Altmark als touristische Destination für Sternenbeobachtung etablieren.

Wirtschaft und Finanzen

Um die Verschuldung unserer Kommunen und Landkreise zu senken und ihre Handlungsfähigkeit herzustellen, setzen wir uns für eine solide und nachhaltige Finanzplanung ein. Dazu gehört auch die Wirtschaft zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Region für Gründer*innen attraktiver zu machen. Damit erreichen wir eine Steigerung der Realsteuer, was zur wirtschaftlichen Belebung und Prosperität beiträgt.

Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung langfristiger Stadtentwicklungs- und Vermarktungskonzepte für unsere Kommunen, um sie sowohl für die lokalen Bürger*innen als auch für Tourist*innen attraktiver zu gestalten. Ziel ist es, dass unsere Kommunen als begehrten Wohn- und Lebensort zu positionieren und gleichzeitig das touristische Potenzial zu stärken. Diese Konzepte sollen eine harmonische Balance zwischen den Bedürfnissen der Einheimischen und der Attraktivität für Besucher*innen schaffen.

Wir fordern die Gründung neuer sowie die finanzielle und strukturelle Unterstützung bestehender Coworking-Spaces, um eine dynamische, flexible und kooperative Arbeitsumgebung für Selbstständige, Start-ups und etablierte Unternehmen zu schaffen. Wo keine Gründungen durch private Unternehmer*innen zu erwarten sind, wollen wir kommunale Coworking-Angebote testen und bei realistischen Erfolgsaussichten etablieren. Dies wird nicht nur die lokale Wirtschaft stärken, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen und die Attraktivität der Region für zuziehende Fachkräfte und Unternehmer*innen erhöhen.

Verwaltung

Wir fordern eine zielgerichtete Ausrichtung der personellen und finanziellen Ressourcen der Verwaltung, um bestehende Prozesse effizienter zu gestalten und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Eine gezielte Förderung von Digitalisierung kann dies ermöglichen.

Wir streben eine intensivere und kooperativere Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen der beiden Landkreise und ihrer Kommunen. Ziel ist es, Synergien zu nutzen und die gesamte Altmark gemeinsam voranzubringen, ähnlich wie es bereits beim Altmärkischen Regional- und Tourismusverband (ART) erfolgreich praktiziert wird. Diese Zusammenarbeit soll zu effizienteren Verwaltungsprozessen, einer stärkeren regionalen Entwicklung und einem verbesserten Angebot an Dienstleistungen für die Bürger*innen führen.

Biodiversität auf öffentlichen Grünflächen unterstützen

Neben der Klimakrise bedroht vor allem der Rückgang der Biodiversität unsere Lebensgrundlage. Gerade vor Ort, auf kommunaler Ebene, bestehen zahlreiche Möglichkeiten, die Biodiversität zu schützen und zu fördern. Die Pflege kommunaler Grünflächen, aber auch die Bewirtschaftung von Straßenbegleitflächen, ist auf biologische Vielfalt und den Insektenschutz auszurichten. Wir unterstützen nachdrücklich, dass sich unsere Kommunen dem Bündnis Kommunen für die biologische Vielfalt anschließen, dem bereits 367 deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise angehören, und in dem die dazu erforderlichen Erfahrungen und Kompetenzen ausgetauscht werden können.

Grünflächen im öffentlichen Raum, zu denen aufgrund ihrer Größe auch die von Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften gezählt werden können, tragen zur Lebensqualität bei. Sie spielen für viele Menschen eine große Rolle bei der Erholung und Freizeitgestaltung und erfüllen wichtige klimatische und ökologische Funktionen. Vielfach werden die Grünflächen in den Städten und Gemeinden intensiv gemäht, sind sehr artenarm und trocknen durch den geringeren Bewuchs noch schneller aus.

Wir setzen uns für eine Anpassung der Pflege ein durch anderes, weniger und gestaffeltes Mähen und dem Anlegen von Blühflächen mit gebietseigenen Wildpflanzen. Ziel sind bunte und artenreiche Flächen. Kräuterreichere und weniger häufig gemähte Flächen können auch in Trockenphasen ansprechender aussehen, kommen mit weniger Wasser aus und bieten der Tier- und Pflanzenwelt einen Lebensraum. Der Pflegeaufwand von extensiv gepflegten Flächen ist zudem geringer.

Wir wollen kommunale Wohnungsunternehmen unterstützen, ihre Grünflächen Mieter*innen zur eigenen Gestaltung zu überlassen. Durch Mieter*innengärten werden Umweltbildung und Eigeninitiative, Miteinander, Nachhaltigkeit und Erholung gefördert. Gleichzeitig bieten klein- teilige Gartenräume Rückzugsorte und Lebensräume für Insekten und Kleinlebewesen.

Bei Teilflächen öffentlicher Flurstücke, die von Landwirtschaftsbetrieben unter den Pflug genommen wurden (z.B. an Wegrändern, Uferstreifen, etc.), setzen wir uns dafür ein, dass ehemals überpflügte Flurstücke Orte der Artenvielfalt werden und Kommunen dies aktiv angehen. Die zunehmende „Verzäunung der Landschaft“ stellt ein immer größer werdendes Problem für die freie und ungehinderte Durchquerung der Landschaft durch Wild dar. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen sowohl die Mitarbeiter*innen, als auch die Errichter*innen von Umzäunungen für die Bedürfnisse der Wildtiere sensibilisieren und eine Habitatvernetzung stärker berücksichtigen.

Bewirtschaftung von kommunalen Flächen

Unbebaute Grundstücke in kommunalem Eigentum sollen grundsätzlich gemeinwohlorientierten, und vorrangig ökologischen Funktionen dienen. Bei Verpachtungen landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen müssen strenge Vorgaben gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass die im öffentlichen Eigentum befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen von den Kommunen nach Gemeinwohlkriterien verpachtet werden und sich an bereits bewährten Initiativen und deren Kriterien orientieren. Kriterien können z.B. sein: der Aufbau von Feldgehölzen mit hohem Wert für die Artenvielfalt (z.B. Streuobst, Wildhecken), Blühstreifen, vielgliedrige Fruchtfolgen von mindestens fünf Fruchtfolgegliedern und der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel.

Bei kommunalen forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir den Aufbau von Laubmischwäldern mit Obst- und Wildobstbäumen und einem Anteil von mindestens 10 Prozent unbewirtschafteter Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vorgaben bei Neuverpachtungen und bei der Verlängerung

auslaufender Pachtverträge umgesetzt werden und die Möglichkeit, bei allen kommunalen Verpachtungen entsprechende Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, kommuniziert und unterstützt werden. Gemeinwohlorientierte Nutzungen durch lokale Vereine wie Streuobstvereine, urban Gardening und solidarische Landwirtschaft müssen grundsätzlich Vorrang haben. Einen Verkauf öffentlicher kommunaler Flächen werden wir nicht unterstützen.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Erhalt und der Pflege der für die nördliche Altmark charakteristischen und landschaftsprägenden Alleen. Wir setzen uns für die Ergänzung bestehender Lücken und das Anlegen neuer, charakteristischer und landschaftsprägender Alleen ein, um das natürliche und kulturelle Erbe der Region zu bewahren und zu stärken.

Umwelt- und Tierschutz

Die Einhaltung von Natur- und Tierschutzgesetzen ist eines unserer Kernanliegen und wir unterstützen die Natur- und Tierschutzverbände bei ihrem Streiten dafür Verstöße gegen Naturschutzgesetze, wie etwa das Roden von Streuobstbeständen, Entfernen von Wildheckenstrukturen, müssen durch die zuständigen Kreisbehörden konsequent verfolgt werden.

Wir fordern vollumfängliche, intensive und wie vorgeschrieben, unangekündigte veterinärmedizinische tierschutzrechtliche Kontrollen durch die zuständigen Veterinärbehörden. Der Tierschutz muss unbedingt eingehalten werden, auch um solche Landwirt*innen, die gut und fair Lebensmittel produzieren, vor dem Imageschaden durch schwarze Schafe zu bewahren. Die kommunalen Aufsichtsbehörden müssen dazu finanziell gestärkt und mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Dafür fordern wir, dass die Kommunen befähigt werden, kostendeckende Gebühren zu erheben.

Festsetzung und Umsetzung von ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen vollständig im Kompensationsverzeichnis festgehalten und im Internet öffentlich transparent zugänglich gemacht werden. Die Kommunen sollen dazu ihrer Pflicht nachkommen, die erforderlichen Daten der zuständigen Landesbehörden regelmäßig und zeitnah zu übermitteln.

Um das Leid von herrenlosen freilebenden Katzen zu lindern, und als Tierschutzmaßnahme für die Vogelwelt und andere Kleintiere, setzen wir uns in den Kommunen dafür ein, dass die von Landesebene gewährten rechtlichen Möglichkeiten genutzt und Katzenschutzverordnungen erlassen werden. Mit solchen Verordnungen können Besitzer*innen von Freigängerkatzen angewiesen werden, ihre Katzen kastrieren zu lassen. Damit werden Fortpflanzungsketten unterbrochen und die Population von freilaufenden herrenlosen Katzen nimmt ab. Darüber hinaus sorgen Tierschutzvereine für Kastrationen von freilebenden, herrenlosen Katzen, soweit das ihren Möglichkeiten entspricht. Für die Tierschutzvereine in der Altmark muss es mehr finanzielle Unterstützung des jeweiligen Landkreises und der jeweiligen Gemeinde geben.

In Belangen der Landschaftspflege und des Naturschutzes setzen wir auf die Expertise von Verbänden und Vereinen, beispielsweise NABU, BUND, Anglerverband, Jagdverband, etc.

Wir wollen keine Tierfabriken und werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass für diese keine Bebauungspläne aufgestellt werden.

Bedarfsgerechte Wasserhaltung in der Landschaft und Wasserversorgung für die Landwirtschaft

Wir fordern eine bessere Nutzung der vorhandenen Wasserressourcen und die Förderung von Wassergerechtigkeit in der Altmark. Dies erfordert eine aktive Einflussnahme auf die Kommunalpolitik, um sicherzustellen, dass altmärkische Landwirt*innen nicht gegenüber niedersächsischen Landwirt*innen benachteiligt werden, insbesondere bei der Verteilung des Wassers und der Bewilligung von Berechnungsrechten.

Der sinkende Wasserstand Arendsee ist ein gutes Beispiel wie der Altmarkkreis Salzwedel und der benachbarte niedersächsische Landkreis Lüchow-Dannenberg kooperieren, damit auf niedersächsischer Seite nicht übermäßig Wasser entnommen wird. Darüber hinaus muss der Abfluss aus den Gräben so reguliert werden, dass das Wasser in der Fläche gehalten und jahreszeitlich gesteuert werden kann.

Die bedarfsgerechte Wasserhaltung in der Landschaft ist ebenso relevant für die Wasserversorgung in den Siedlungsgebieten und der Wälder.

Besserer Wolfsschutz für Weidetierhalter*innen

Wir befürworten die neue Regelung, die es ermöglicht, Wölfe, die sich nach einem Wolfsriss-Vorfall einer Weide in einem Umkreis von einem Kilometern nähern, innerhalb von drei Wochen auch ohne Gentest zu vergrämen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine verstärkte finanzielle Unterstützung der Weidetierhalter*innen durch sowohl das Land als auch den Bund ein. Dies beinhaltet die Bereitstellung von Fördermitteln für die Anschaffung von Herdenschutzhunden, nicht nur für die laufenden Betriebskosten dieser Tiere. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, die Weidetierhaltung zu schützen und die wirtschaftliche Belastung für Tierhalter*innen zu reduzieren.

Regionale Schlachtung

Wir setzen uns für die Stärkung und den Erhalt kleiner und regionaler Schlachtstätten ein. Sie reduzieren Tiertransporte und stärken die lokale Wertschöpfung.

Wir wollen die Hemmnisse bei mobiler und teilmobiler Schlachtung und den Kugelschuss auf der Weide abgebaut werden. Wir fordern mehr Unterstützung seitens der Veterinärbehörden.

Ernährungswende

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kreise, Gemeinden und Städte bevorzugt in der Gemeinschaftsverpflegung (z.B. Kitas und Schulmensen, Senioreneinrichtungen) und bei öffentlichen Veranstaltungen Gerichte und Lebensmittel aus klimaangepassten Pflanzen (z.B. Buchweizen, Linsen und Kichererbsen) und anderen regional und saisonal erzeugten Lebensmitteln auf den Teller bringen. Darüber hinaus setzen wir uns für das Konzept der „Essbaren Städte“ ein.

Beteiligung vor Ort stärken

Wir wollen über kommunale Entwicklungsbeiräte oder Bürgerräte die Partizipation der Bürger*innen stärken, in dem diese bei konkreten Entscheidungen Ratschläge für die gewählten Stadträte machen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ortschaftsräte ihr eigenes Budget bekommen, damit sie eigene Gestaltungsmöglichkeiten bekommen. Damit Entscheidungen über örtliche Aktivitäten von den engagierten Bürger*innen im Ort getroffen werden können, sollen die Ortschaftsräte eigene Budgets in Höhe von jeweils 5000 Euro erhalten. Die Zuweisung dieser Summe soll als weiteres Element die bisherigen Verteilmechanismen ergänzen.

Gesundheit

Wir fordern eine umfassende Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der Altmark. Hierzu sollen regionale Gesundheitskonferenzen von Kommunen und Kreisen innovative, bedarfsgerechte Lösungen erarbeiten. Dies beinhaltet die Schaffung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen für flexiblere, sektorenübergreifende Gesundheitsstrukturen, die Integration von Krankenhäusern in Versorgungsnetzwerke und die Förderung und Erhalt kommunaler Gesundheitszentren und Krankenhäuser sowie interprofessioneller Polikliniken.

Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen die Kommunen in die Pflicht, Wohn- und Betreuungsformen zu erproben und zu gestalten, die Menschen jeden Alters ein gemeinsames Leben in den Kommunen erlaubt. Dazu gehört der Erhalt von Landarztpraxen, Pflegediensten und regionalen Hebammen.

Wir streben eine Reform der Budgetierung kommunaler Sozialleistungen an, um eine adäquate Versorgung sicherzustellen und Unterversorgung zu verhindern. Zudem setzen wir uns für die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit öffentlicher Freizeitangebote für alle Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Teilhabestärkung ein. Ferner fordern wir die interkommunale Vernetzung von Angebotsstrukturen, um eine effektive und weitreichende Nutzung über kommunale Grenzen hinaus zu ermöglichen.

Wir möchten verstärkt zu dem Thema sexuelle Gesundheit aufklären und sensibilisieren. Unser Ziel ist die Bekämpfung von Unwissenheit über HIV/AIDS und andere sexuell übertragbare Infektionen sowie die Überwindung der Tabuisierung von Sexualität. Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfeinstitutionen und Beratungsstellen ein, um ein inklusives und vorurteilsfreies Verständnis sexueller Gesundheit zu fördern und eine flächendeckende Versorgung und Beratung sicherzustellen.

Bildung und Inklusion

Wir setzen uns für eine umfassende Verbesserung der Bildungseinrichtungen ein. Dazu gehört die gezielte Ausstattung von Kindergärten und Schulen mit modernen Lernmitteln und Ressourcen. Wir fordern verstärkte Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung und -förderung von Lehrkräften sowie die Aufwertung des Berufs des Erziehers/der Erzieherin. Ein zentraler Punkt unserer Bildungspolitik ist die Verbesserung des Personalschlüssels in Kindergärten und Schulen, um eine individuellere Betreuung und Förderung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

Barrierefreie Bildung darf nicht nur in den Städten stattfinden. Auch Schulen und Kindergärten auf den Dörfern müssen barrierefrei gestaltet sein.

Gelingende Zuwanderung ist ein Gewinn für alle

Unsere Region braucht gelingende Zuwanderung. Denn ohne Zuwanderung ist eine überalternde Gesellschaft, nicht in der Lage, die täglichen Herausforderungen zu bewältigen (Dienstleistungen, Kurierdienste, Gastronomie, Kranken- und Altenpflege sind schon heute nicht mehr ohne ausländische Fach- und Hilfskräfte denkbar).

Aktuell ist unsere Region für Fachkräfte aus dem Ausland und für Menschen, die sich hier neu und dauerhaft beheimaten wollen, nicht attraktiv genug. Das wollen wir ändern. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Zuwanderung und zur schnelleren Integration von Fach- und Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt helfen dabei.

Das Zusammenleben aller Menschen wird besser gelingen, wenn die Rahmenbedingungen im Bereich der Sprachförderung und der Arbeitsvermittlung weiter verbessert werden. Ein Mittel dazu kann die Reaktivierung der Arbeitsförderungsgesellschaft sein.

Das Ankommen von Schutzsuchenden, Asylbewerber*innen und Menschen, die vor Krieg und Gewalt flüchten, stellt unsere Gesellschaft gegenwärtig vor besonders hohe Herausforderungen. Diese gehen wir an. In bestehenden Problembereichen bedarf es zusätzlicher Sozialarbeiter*innen, die Hintergrundwissen zu den Herkunftsregionen zu betreuende Neuankömmlinge haben. Mit Blick auf den Funktionsstart der Erstaufnahmeeinrichtung in Stendal verzahnen wir die Aktivitäten von Land, Landkreis und Stadt und Unterstützungsstrukturen wie Vereinen. Menschen dort müssen menschenwürdig untergebracht werden und sollen schnell Klarheit über ihre Situation und ihre Zukunft erhalten. Wer hier bleiben kann, muss zügig im Land verteilt werden.

Wo Menschen in der Region ihre Sicherheit gefährdet sehen, klären wir auf und machen Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Solche Maßnahmen können u.a. sein, die Verbesserung der Straßenbeleuchtung und die Anpassung des Nahverkehrs (hier passen auch die Zuarbeiten zum Thema Feuerwehr).

Sport

Wir setzen uns dafür ein, die vorhandenen Strukturen, insbesondere die Infrastruktur, zu sichern und zu erhalten. Dies beinhaltet die notwendige Ertüchtigung bestehender Anlagen, um ihre Funktionalität und Sicherheit zu gewährleisten. Gleichzeitig fördern wir aktiv die Vereine, die eine wichtige Rolle in unserer Gemeinschaft spielen. Wir unterstützen sie finanziell und organisatorisch, um ihre vielfältigen Aktivitäten aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Siedlungsgebiete und Flächenentsiegelung

Wir setzen uns entschieden für die Reduzierung von Leerstand in den Innenstädten und die Schaffung lebendiger, attraktiver Zentren ein. Dies erfordert gezielte Maßnahmen zur Revitalisierung von leerstehenden Gebäuden und Flächen. Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung von Strategien, die Anreize für die Nutzung leerstehender Immobilien schaffen, sei es durch kulturelle Projekte, kreative

Gewerbe oder andere innovative Nutzungen. Ziel ist es, die Innenstädte als lebendige und vielfältige Orte des Zusammenlebens zu stärken und ihre wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung zu erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Liegenschaften, wie ehemalige Schulen und andere öffentliche Gebäude, nicht mehr verkauft werden, sondern nach einem Ideenwettbewerb an das beste Konzept in einer Erbpacht vergeben werden. Dies ermöglicht es, kommunale Objekte generationenübergreifend zu erhalten und aktiv Einfluss auf die Entwicklungen unserer Kommunen zu nehmen. Wir fordern die Schaffung eines transparenten Prozesses für Ideenwettbewerbe und die Auswahl der besten Konzepte, um sicherzustellen, dass die Nutzung kommunaler Liegenschaften langfristig im Interesse der Gemeinschaft liegt.

Wir fordern die Erhaltung und Weiterentwicklung der wertvollen Landschaftsbilder der Altmark sowie die Stärkung des Bewusstseins für die regionale Baukultur (z.B. historische Ortskerne, Vierseithöfe). Angesichts der zunehmenden Verbreitung uniformer, standardisierter Bauten, auch in Stendal, setzen wir uns für Bauvorhaben ein, die regionale Proportionen und den Einsatz lokaler Materialien berücksichtigen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, Bildungsangebote im Bereich der Baukultur zu schaffen und zu fördern, um sowohl die Umweltbildung als auch das Verständnis für qualitativvolles, regionsspezifisches Bauen zu stärken. Denkmalschutz und Barrierefreiheit schließen sich nicht aus.

Wir setzen uns dafür ein, die Flächenversiegelung zu reduzieren und den Prozess der Flächenentsiegelung voranzutreiben. Dies ist ein wichtiges Anliegen im Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Kommunenentwicklung.

Zuzug

Wir setzen uns dafür ein, dass zuziehende Familien und Fachkräfte herzlich willkommen geheißen werden und umfassende Willkommensangebote erhalten. Wir möchten sie aktiv in unsere Gemeinschaft integrieren, um die Anfangsphase in einer neuen Region leichter zu gestalten und mehr Menschen davon zu überzeugen, den Schritt aus den Großstädten in den ländlichen Raum zu wagen. Wir fordern die Entwicklung von umfassenden Integrations- und Unterstützungsprogrammen, die Informationen, soziale Kontakte und Ressourcen bereitstellen, um den Einstieg in unsere Gemeinden zu erleichtern und die Vielfalt unserer Region zu stärken.

Wir setzen uns dafür ein, die Innenstädte und Ortschaften zu attraktiven Lebensräumen für junge Familien und Zuziehende zu entwickeln. Dies erfordert gezielte Maßnahmen zur Schaffung von familienfreundlichen Angeboten, bezahlbarem Wohnraum und hochwertigen Bildungseinrichtungen. Wir fordern die Förderung von Projekten und Initiativen, die die Lebensqualität in unseren Gemeinden steigern und jungen Familien ein attraktives Umfeld bieten. Ziel ist es, die Anziehungskraft unserer Städte und Dörfer zu erhöhen und die langfristige Lebensqualität für alle Bürger*innen zu verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, die Lebensqualität in unseren historischen Innenstädten und sämtlichen Ortschaften zu erhöhen, indem wir den Zugang zu Spielplätzen verbessern. Dies beinhaltet den Neubau von Spielplätzen in historischen Innenstädten und die Öffnung kommunaler Spielplätze von Schulen und Kindergärten an Wochenenden, wo dies sinnvoll ist. Wir fordern die gezielte Entwicklung von Spielraumkonzepten, um die Bedürfnisse von Kindern und ihren Familien in urbanen und ländlichen Gebieten gleichermaßen zu berücksichtigen. Ziel ist es, kinderfreundliche Umgebungen zu schaffen und die Attraktivität unserer Städte und Dörfer für Familien zu steigern.

Förderprogramme

Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Kommunen aktiv und mutig Förderprogramme nutzen, um frische Impulse in unsere Städte und Dörfer zu bringen, dabei aber unseren eigenen Haushalt möglichst zu entlasten. Dies erfordert eine Kultur des Muts und der Veränderung in der Verwaltung. Wir fordern eine proaktive Herangehensweise und Beratung durch die Verwaltung bei der Identifizierung und Beantragung von Fördermöglichkeiten, um unsere Gemeinden finanziell zu stärken und Projekte umzusetzen, die zur positiven Entwicklung unserer Region beitragen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kreisverband Altmark
c/o Grünes Altmark-Büro
Schadewachten 22a, 39576 Hansestadt Stendal

Postanschrift: Otto-von-Guericke-Straße 65, 39104 Magdeburg

Website: gruene-altmark.de